

Die Verschiebung der Abgeordnetenhaus-sitzungen.

Vor neuen Verhandlungen mit den Parteien.

Wien, 26. April.

Das Ergebnis der gestrigen Konferenz der Abordnung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses mit dem Ministerpräsidenten hat der kritischen Situation im Parlament ihre Schärfe genommen. Die Aktion der beiden Herrenhausgruppen war, solange der Schein bestand, daß sich ihre Spitze gegen das Kabinett Seidler richtete, ein starker Ansporn für die oppositionellen Elemente in den deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses. Die Abgeordneten wurzeln naturgemäß in den Stimmungen ihrer Wählerschaften. Die deutschen Wählerkreise sind verstimmt, und diese Verstimmung konnte nach der mehrwöchigen parlamentarischen Pause auf die deutschen Abgeordneten nicht ohne Einfluß bleiben. Der Verband der deutsch-nationalen Parteien war nahe daran, in die Opposition zu gehen. Das Ergebnis der Aktion der beiden deutschen Gruppen des Herrenhauses hat auf die oppositionellen Elemente der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses mäßigend gewirkt. Die Christlichsozialen, die eine oppositionelle Schwentung von Haus aus nur widerstrebend mitmachten, waren die ersten, die sich zurückzogen. Auch im Leitungsausschusse der deutsch-nationalen Parteien bröckelte die Opposition sichtbar ab. Schließlich einigte man sich auf die Parole, dem Kabinett Seidler gegenüber eine Politik der freien Hand einzuschlagen. Ein Antrag des Abgeordneten Teufel geht noch weiter und schlägt vor, dem Kabinett Seidler gegenüber die bisherige Haltung beizubehalten. Endgültige Beschlüsse können natürlich nur von den einzelnen Parteiklubs gefaßt werden, die Anfang der nächsten Woche zusammentreten. Als wahrscheinlich gilt, daß sich die deutschen Abgeordneten mit wenigen Ausnahmen auf eine Politik der freien Hand einigen werden. Das ist gegenüber der gestrigen oppositionellen Strömung eine Entspannung, aber an der Situation vor Ostern gemessen eine Verschlechterung. Die Schwierigkeiten sind nicht beseitigt. Es ist nur eine Atmosphäre geschaffen, die die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den einzelnen Parteien des Abgeordnetenhauses möglich macht. Um Zeit für diese Verhandlungen zu gewinnen, hat heute der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß nach einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten und im Einvernehmen mit der Vizepräsidenten des Hauses die Einberufung des Abgeordnetenhauses um eine Woche verschoben. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses findet am 7. Mai statt.

Womentan ist die Situation die, daß das Kabinett Seidler bei keiner Partei auf unbedingte Gefolgschaft rechnen kann. Mit den Tschechen und Südslawen sind Verhandlungen über den Eintritt in eine Majorität von vornherein aussichtslos. Bei den Ukrainern sind seit einiger Zeit Verstimmungen bemerkbar, die mit Vorgängen in der auswärtigen Politik zusammenhängen. Der Polenklub steht vor der Notwendigkeit, sich neu zu organisieren. Die Sozialdemokraten und die Allpolen sind ausgetreten, die Volkspartei hat ihr Verbleiben im Klub an gewisse Bedingungen geknüpft und die Konservativen und Demokraten gelten zwar als die gemäßigten Elemente, stehen jedoch auch sehr stark unter dem Einfluß der Entwicklung der auswärtigen Politik. Seit dem Rücktritt des Grafen Czernin sind diese beiden Gruppen für eine regierungsfreundliche Politik leichter zu gewinnen. Die Haltung der deutschen Parteien hat jedoch zur Folge, daß sich auch die Polen eine gewisse Reserve auferlegen und daß eine Unsicherheit sich auch der übrigen Parteien bemächtigt. Der Ausgangspunkt für die Verhandlungen des Ministerpräsidenten über eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus kann daher wieder nur ein Einvernehmen mit den deutschen Parteien sein. Eine Gefahr besteht weniger für die Staatsnotwendigkeiten, deren Bewilligung die deutschen Parteien sich kaum entziehen dürften, als in den Zufälligkeiten, die im österreichischen Abgeordnetenhaus an der Tagesordnung sind und von den Tschechen und Südslawen noch häufiger hervorgerufen werden dürften, wenn sie bemerken, daß die Regierung gegen derartige Zufallsabstimmungen keine Deckung hat. Eine Arbeitsmajorität ist heute schwerer zu finden als vor Ostern. Der Ausgangspunkt kann wieder nur bei den Deutschen gesucht werden.

Mitteilungen über die Aktion der beiden Herrenhausparteien.

In der politischen Öffentlichkeit wird das Ergebnis der von der Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses eingeleiteten Aktion vielfach als ein Rückzug der Herrenhausparteien beurteilt. Von unterrichteter Seite erhält die „Wiener Politische Rundschau“ dem gegenüber folgende Mitteilungen: Die Aktion der Herrenhausparteien hatte von Anfang an keine Spitze gegen die gegenwärtige Regierung und deren Chef, sondern galt der Erhaltung der verfassungsmäßigen Formen nicht nur unter dieser, sondern unter jeder Regierung. Es ist unrichtig, daß auf unsere Haltung die Ablehnung einer Audienz beim Kaiser Einfluß genommen habe. Der Wunsch nach einer Audienz beim Kaiser wurde überhaupt nicht ausgesprochen, dies konnte auch nicht der Fall sein, denn ~~wenn hätten die Herrenhausmitglieder gerade den Weg zur~~

Verfassungsmäßigkeit verlassen, während es ihnen bei dieser Aktion doch darum zu tun war, daß bei allen politischen Akten an der Verantwortlichkeit der Regierung festgehalten werde. Die Herrenhausgruppen stehen auf dem Standpunkt der Verfassungsmäßigkeit und deshalb fanden sie die Abordnung doch hin, wohin sie die Verfassung weist: zum Ministerpräsidenten. Es war aus Äußerungen des Kabinettschefs bekannt, daß er aus einer persönlichen Stellungnahme der Herrenhausparteien gegen ihn die Konsequenzen gezogen hätte. Es konnte aber nicht Sache der deutschen Herrenhausparteien sein, durch ihre Aktion egoistisch-meritorischen Tendenzen zum Siege zu verhelfen, insbesondere mußte ihnen der sofort von slawischer Seite unternommene Versuch, die Staatskrise und die dynastischen Gefühle der Deutschen in Zweifel zu ziehen, zu denken geben. Eine Krise des Ministeriums Seidler hervorzuweisen war nicht beabsichtigt, denn es ist klar, daß der gegenwärtige Ministerpräsident für das Vorgefallene, dessen Wiederholung vermieden werden soll, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ebenso wenig hatte die Aktion irgendeine Spitze gegen den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Graetz, der sich bei allen Gruppen des Hauses des allgemeinen Vertrauens und der höchsten Wertschätzung erfreut. Es wurde auch von den Sprechern beider Gruppen in nachdrücklicher Weise dem Ministerpräsidenten gegenüber der Wunsch geäußert, daß dem Demissionsgesuch des Fürsten Windisch-Graetz keine Folge gegeben werden möge.

Sitzung der Rechten des Herrenhauses.

Der Obmann der Rechten des Herrenhauses Prinz Ferdinand Lobkowitz hat die Mitglieder der Gruppe für die nächste Woche zu einer Vollsitzung einberufen.